

Abgeordnete reagieren gereizt auf PFC-Interview

Hans-Peter Behrens und Thomas Hentschel weisen Aussagen von Stadtwerke-Chef Olaf Kasprzyk zurück

Von unserem Redaktionsmitglied Holger Siebnich



Einblick in die Trinkwasserversorgung: Die Stippvisite von Staatssekretär Andre Baumann Anfang Oktober zieht weitere Diskussionen nach sich. Foto; Bernhard Margull

Rastatt. „Falschaussagen“ und „Dauergenörgel“: Die beiden Grünen-Landtagsabgeordneten Hans-Peter Behrens und Thomas Hentschel reagieren mit drastischer Wortwahl auf Äußerungen des Rastatter Stadtwerke-Chefs Olaf Kasprzyk zum PFC-Skandal. Kasprzyk hatte in der vergangenen Woche im Interview mit unserer Redaktion

unter anderem gesagt, dass das Land die Region nicht länger allein lassen dürfe. Behrens und Hentschel widersprechen deutlich.

Kasprzyk hatte in dem Interview außerdem die Forderung erneuert, PFC in den Bewirtschaftungsplan nach der Wasserrahmen-Richtlinie aufzunehmen. Das lehnt die Landesregierung ab. Zum Besuch des Grünen-Staatssekretärs Andre Baumann Anfang Oktober in Mittelbaden sagte der Stadtwerke-Chef: „Der Besuch des Staatssekretärs insgesamt hat dazu beigetragen, das Bewusstsein für die Tragweite des Problems weiter zu schärfen. Allerdings wird es darauf ankommen, diesen Ansatz zum Nutzen der Region und der Umwelt künftig weiter auszubauen, denn das Land darf uns nicht länger allein lassen.“

Behrens und Hentschel reagieren darauf per Pressemitteilung. Darin werden die beiden Abgeordneten mit den Worten zitiert: „Das ständige Wiederholen macht Falschaussagen auch nicht wahrer. Mit dem Dauergenörgel wird lediglich eine schlechte Stimmung erzeugt“. Und: „Irgendwann ist auch mal gut.“

Es werde der Eindruck erzeugt, das Land würde nichts unternehmen. Behrens und Hentschel verweisen dagegen auf das Engagement aus Stuttgart. Die Bevölkerung werde über Gesundheits- und Erntemonitoring geschützt. Durch Forschungsvorhaben werde zudem an Lösungen gearbeitet.

Kasprzyk hatte außerdem darauf verwiesen, dass die Folgekosten des Skandals beim Trinkwasser bislang am

Verbraucher hängenbleiben. Dazu schreiben die Abgeordneten: „Bei zu hohen Wasserpreisen, für die Zusammenarbeit von Wasserwerken und für innovative Lösungen haben Stadtwerke der Region bereits Zuschüsse erhalten und können diese auch weiterhin beantragen.“

Das Land habe öffentliche Wasserversorger der Region seit 2019 mit drei Millionen Euro unterstützt, darunter auch die Stadtwerke Rastatt. Zusätzlich habe das Land für Gesundheitsschutz und die Untersuchung von Lösungsansätzen rund neun Millionen ausgegeben.

Die Geschäftsführung der Stadtwerke schein eine andere Rechtsauffassung zu vertreten als das Land. Behrens und Hentschel möchten das Gespräch suchen und sprechen eine Einladung an die Stadtwerke zu einem Austausch aus, in dem die Sachlage noch einmal ausführlich diskutiert und erläutert werden soll.